Zeitschrift: Bulletin Electrosuisse

Herausgeber: Electrosuisse, Verband für Elektro-, Energie- und Informationstechnik

Band: 95 (2004)

Heft: 16

Rubrik: Politik und Gesellschaft = Politique et société

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 03.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Gratisrückgabe von Elektroschrott an jeder Verkaufsstelle

(uv) Alte Elektrogeräte müssen ab Januar 2005 von sämtlichen Verkaufsstellen gratis zurückgenommen werden, was heute nicht durchgehend der Fall ist. Der Bundesrat hat in seiner Sitzung am 23. Juni 2004 die Vorschriften betreffend Entsorgung von Elektrogeräten entsprechend angepasst. Zusätzlich hat er die Geräteliste erweitert: Neu fallen auch elektrische Werkzeuge, Sport- und Freizeitgeräte sowie spezielle Lampen unter die Rücknahmepflicht. Elektrische und elektronische Geräte dürfen nicht via Kehrichtsack oder Sperrgutabfuhr entsorgt werden.

Les déchets électriques pourront être rapportés gratuitement

(detec) À partir de janvier 2005, les appareils électriques et électroniques usagés devront être repris gratuitement à tous les points de vente, ce qui n'est pas toujours le cas aujourd'hui. Lors de sa séance mercredi dernier, le Conseil fédéral a adapté dans ce sens les prescriptions concernant l'élimination de ces appareils. Il a en outre élargi le champ d'application des prescriptions: désormais, les commerçants devront également reprendre les outils électriques, les équipements de sport et de loisirs ainsi que certaines lampes. Il est interdit de mettre un appareil électrique ou électronique dans un sac-poubelle ou de le donner au ramassage des déchets encombrants.

Gute Jahresabschlüsse der Stilllegungs- und Entsorgungsfonds für nukleare Anlagen

(bfe) Stilllegungs- und Entsorgungsfonds für nukleare Anlagen weisen 2003 eine positive Anlagerendite aus und sind weiterhin auf Zielkurs. Ende 2003 belief sich das angesammelte Fondskapital auf 971 Mio. Franken (Stilllegungsfonds) und 1771 Mio. Franken (Entsorgungsfonds). Im Rahmen einer regelmässigen Überprüfung wurden die Stilllegungs- und Entsorgungskosten in den Jahren 2002/2003 neu berechnet.

Übereinkommen von ETSO und Eurelectric

(m) Der Verband der europäischen Elektrizitätswirtschaft Union of the Electricity Industry – Eurelectric und der Dachverband der europäischen Übertragungsnetzbetreiber ETSO haben in einer Absichtserklärung ihren Willen zur Optimierung der Zusammenarbeit im Interesse ihrer Mitglieder bekannt gegeben. Dabei sollen ihre Beziehungen in gegenseitiger Achtung der jeweiligen Identitäten und Aufgaben geklärt werden.

L'UE veut accélérer l'ouverture des marchés

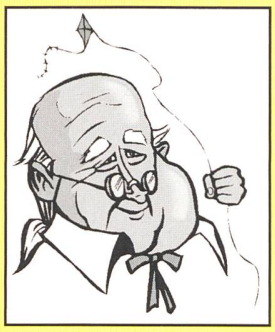
(ue) La législation européenne adoptée l'année dernière fixe au 1er juillet 2004 la date de libéralisation complète des marchés du gaz et de l'électricité pour tous les consommateurs industriels. À partir de ce jour des millions d'entreprises dans toute l'UE élargie devrait pouvoir bénéficier de la concurrence pour leur approvisionnement en énergie. Cependant, la grande majorité des États membres ont pris du retard dans la mise en œuvre de cette législation et des efforts sont encore nécessaires pour établir des conditions équivalentes dans les 25 États membres. «Les États membres se sont mis d'accord en 2003 sur le cadre juridique pour garantir la concurrence et l'équité sur les marchés de l'électricité et du gaz, y compris une réglementation efficace, la séparation des réseaux et une large protection des consommateurs. Il leur appartient maintenant d'assumer leurs responsabilités et d'honorer le ferme engagement qu'ils ont pris d'ouvrir les marchés au cours de ce mois» a déclaré la vice-présidente Loyola de Palacio.

Emissionshandel verschoben?

(v/a) Die EU-Kommission droht, die Regeln zum Emissionshandel wieder neu aufzumischen, weil die in verschiedenen Ländern mühsam austarierten Bestimmungen den Wettbewerb behinderten. Mit

Die Auftrennung von Elektroschrott zu rezyklierbaren Wertstoffen ist äusserst aufwändig (im Bild Metallteile).

Der Blitzableiter



Elektro-rummel

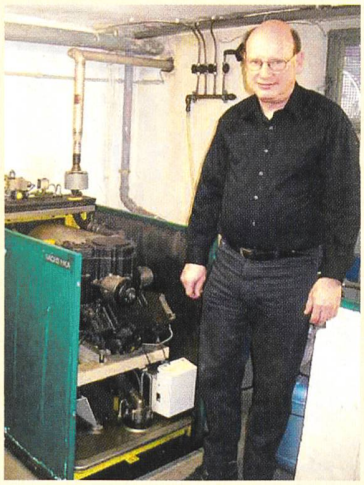
Als «Kultur» gelten heutzutage vor allem im Sommer auch viele «Happenings», die vor allem hohe fonstärken, also Lärm, verursachen. Sie beeinträchtigen auch viele andere Kulturen, die geistig wertvolles enthalten, in ihrer Entfaltung. Der besagte Lärm wird in der Regel durch elektrische Energie – ein sonst wertvolles Kulturgut – verstärkt. Es wäre deshalb eine der Aufgaben der elektrischen Kulturträger ihre Kunst dort auszusetzen, wo zu hohe akustische Umweltverschmutzung entsteht. Als «Lichtverschmutzer» gilt ein weiteres Phänomen im Elektrorummelplatz: der «Skybeamer». Die Stadt Burgdorf (BE) hat nun den Einsatz dieser himmelwärts gerichteten Laserscheinwerfer verboten. Kritisiert wird unter anderem der hohe Stromverbrauch, die Beeinträchtigung der Flugsicherheit und die Gefährdung von Vögeln.

B. Frankl

Manchmal nur viel Lärm.

«Trübe Funzel»

(bde) Der Bund der Energieverbraucher e.V. hat die «Trübe Funzel» an die Energie- und Versorgungsgesellschaft EVB im oberhessischen Butzbach (D) verliehen. Der Stromversorger EVB hat die Auszeichnung nach Meinung des Verbrauchervereins verdient, weil er den Hausanschluss eines Stromkunden, Uwe Kolscher, ausgraben lassen will aus Ärger darüber, dass dieser Kunde künftig von seinem Nachbarn den Strom günstiger bezieht. Der Nachbar Dr. E. Wagner, erzeugt seinen Strom mit einem Blockheizkraftwerk selbst. Der Stromüberschuss genügt auch für den Nachbarn.



Wagner mit seinem BHKW (Bild bde).

Klagen betroffener Unternehmen, Verzögerungen in vielen EU-Ländern und den Einwänden der EU-Umweltkommission wird der Start des Emissionshandels im Januar 2005 fraglich. Erst 15 von 25 EU-Staaten legten bisher überhaupt einen Plan vor.

Die Europäische Kommission hat bisher acht nationale Zuteilungspläne für CO_2-Emissionszertifikate genehmigt. Fünf Pläne (Dänemark, Irland, Niederlande, Slowenien und Schweden) wurden ohne weitere Auflagen angenommen. Die übrigen drei (Deutschland, Österreich und Vereinigtes Königreich) wurden unter der Voraussetzung akzeptiert, dass bestimmte technische Änderungen vorgenommen werden. In den nationalen Zuteilungsplänen wird die Zahl der CO_2-Emissionszertifikate festgelegt, die die Mitgliedstaaten energieintensiven Industrieanlagen zuteilen wollen, damit sie ab Januar 2005 am Emissionshandel teilnehmen können. Durch diese Entscheidungen wird dies über 5000 Anlagen von insgesamt etwa 12 000 in der EU-25 ermöglicht.

Von der EU wird insbesondere die so genannte Übertragungsregelung kritisiert, also die Möglichkeit, Emissionsrechte aus stillgelegten Anlagen auf neue zu übertragen. Dadurch würden Kernkraftwerksbetreiber gegenüber den Betreibern von Kohlekraftwerken benachteiligt, meint in Deutschland auch die EnBW Energie Baden-Württemberg und hat bei der EU-Kommission Beschwerde eingereicht.

Stromausfälle durch Gewerkschaftsproteste in Frankreich

(a/d) Die französische Regierung hat die Umwandlung der staatlichen Elektrizitäts- und Gaskonzerne EDF und GDF in Aktiengesellschaften beschlossen. Die beiden Konzerne werden damit jedoch nicht privatisiert. Die Reform sieht vor, dass nur bis zu 30% der Aktienanteile privatisiert werden können. Begleitet von Gewerkschaftsprotesten hat die französische Nationalversammlung am 29. Juni in erster Lesung die Umwandlung gebilligt.

Die Gewerkschaften hatten zu landesweiten Demonstrationen aufgerufen. Mehrere tausend Angestellte der staatlichen französischen Energieunternehmen haben sich in Paris und in zahlreichen anderen Städten Frankreichs an zahlreichen Protestkundgebungen beteiligt.

Die vier grössten Gewerkschaftsverbände CGT, CFDT, FO und CFTC haben überdies einen 24-stündigen Streik ausgerufen, an dem sich die 150 000 Angestellten der beiden Energieunternehmen beteiligen sollten. Nach Angaben der Gewerkschaften wurden die Kapazitäten um insgesamt 15 000 Megawatt reduziert.

500 000 Personen haben einen Appell der Gewerkschaft CGT unterzeichnet, der eine Volksabstimmung über die geplante Umwandlung von EDF und GDF in Aktiengesellschaften verlangt.

Protestmarsch der Gewerkschaften in Paris.

Wirtschaft und Stromverbrauch entkoppelt?

(m/vd) Der Trend zur Entkopplung von Konjunktur und Stromverbrauch setze sich gemäss dem deutschen Verband der Elektrizitätswirtschaft (VDEW) fort: Während das Bruttoinlandprodukt zwischen 1991 und 2003 im jährlichen Durchschnitt um 1,3% stieg, wuchs der Stromverbrauch nur um 0,7%.

Nicht nachvollziehen lassen sich diese Zahlen für die Schweiz. Zwischen 1993 und 2003 stieg der Stromverbrauch durchschnittlich jährlich um 1,6%, während das Bruttoinlandprodukt jeweils nur um rund 0,9% zunahm.

Zu den wichtigsten Gründen für die «Entkopplung» zählt VDEW neue Techniken sowie Investitionen zum effizienten Energieeinsatz. Ausserdem trügen der Strukturwandel zur Dienstleistungsgesellschaft und das wachsende Energiebewusstsein der Verbraucher dazu bei.

Neue Hoffnung für das Kyoto-Protokoll

(ef) Vielleicht kann das Kyoto-Protokoll doch noch in Kraft treten. An einem Gipfeltreffen Ende Mai zwischen Russland und der EU hat Präsident Putin versprochen, sich dafür einzusetzen, dass der Prozess der Ratifizierung durch das Parlament beschleunigt wird. Diese Zusicherung von Putin dürfte in Zusammenhang stehen zur Einigung zwischen der EU und Russland über die Bedingungen für einen Beitritt Russlands zur Welthandelsorganisation (WTO). Das Kyoto-Protokoll von 1997 kann ohne die Ratifizierung Russlands kaum wirksam in Kraft treten.

Ermittlungen gegen italienische Firmen

(d) Nach dem historischen Blackout in Italien im letzten Herbst hat die zuständige italienische Strom- und Gasbehörde (AEEG) Ermittlungen gegen mehrere Unternehmen in Italien eingeleitet. Dabei könnten unter anderem der Netzbetreiber GRTN, das Stromunternehmen ENEL sowie «andere Protagonisten der italienischen Stromwirtschaft» betroffen sein. In einem ersten Bericht war im April der Schweiz die Schuld für die Strompanne zugewiesen worden.

«Dieses Projekt zeigt, dass die Kernenergie eine attraktive wirtschaftliche Option bleibt, wenn sie ordentlich verwaltet wird», meint Loyola de Palacio, die für Energie und Verkehr zuständige Vizepräsidentin der Europäischen Kommission.

EU gibt grünes Licht für neues Kernkraftwerk in Finnland

(ek) Im Einklang mit den Bestimmungen des Euratom-Vertrags hat die Europäische Kommission den Bau eines neuen Kernkraftwerks in Finnland befürwortet und ihre Stellungnahme den finnischen Behörden übermittelt. Dieses Kernkraftwerk ist das erste, das nach über einem Jahrzehnt in der Europäischen Union in Auftrag gegeben wird. Der Bau wird 2005 beginnen, und das Werk wird 2009 seinen Betrieb aufnehmen. Es wird über eine Leistung von 1600 MW_e verfügen.

L'UE donne son feu vert à une nouvelle centrale nucléaire en Finlande

(ce) Statuant conformément aux dispositions du traité Euratom, la Commission européenne a émis un avis favorable pour la construction d'une nouvelle centrale électronucléaire en Finlande et l'a transmis aux autorités finlandaises. Cette centrale nucléaire est la première commandée dans l'Union européenne depuis plus d'une décennie. La construction commencera en 2005 et l'exploitation en 2009. La puissance électrique sera de 1600 MW_e.

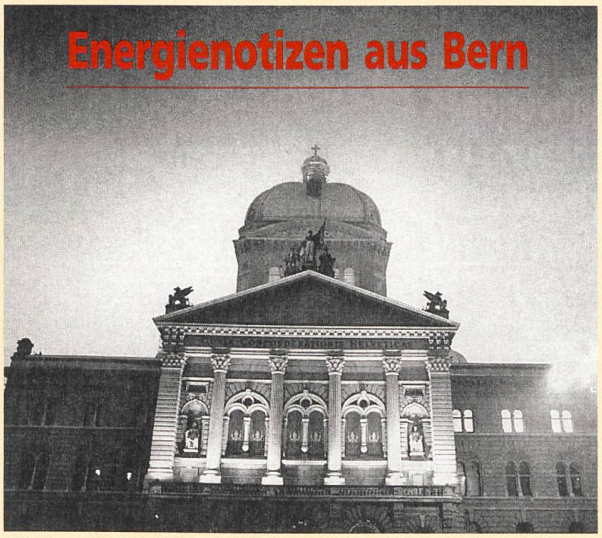
Preisunterschiede

(ee/vö) Die Eurelectric-Expertengruppe «Tarife» hat jüngst den jährlichen Tarifbericht veröffentlicht. Datengrundlage bilden Rückmeldungen aus 30 Ländern (Grossteil aus Europa, aber auch aus Japan, Kanada und Australien). Die Analyse der Haushaltskunden mit einem jährlichen Verbrauch von 3500 kWh zeigt enorme Preisunterschiede auf, mit Dänemark an der Spitze (22,6 Cents/kWh) und Algerien am letzten Platz (4,1 Cents/kWh). Die Umfrage zeigt weiter, dass das Steuerniveau in diesem Kundensegment sehr unterschiedlich ist. Während in den Niederlanden, Italien und Deutschland die Steueranteile bei 24 bis 44% liegen, weisen Irland, Portugal und Japan nur 5% auf. Bei den Industriekunden mit 4000 MWh/Jahr steht Japan mit 10,4 Cents/kWh an der Spitze, die niedrigsten Tarife sind in Algerien, Australien und Kanada mit 2,7 bis 4,1 Cent/kWh zu verzeichnen.

Verschärfte Versorgungslage in China

(d) In China wurden wegen der Energiekrise die Stromsparauflagen für die Industrie weiter verschärft. Die Behörden in der Wirtschaftsmetropole Schanghai haben 700 Unternehmen verpflichtet, ihren Starkstromverbrauch vom Tag auf die Nacht zu verlagern.

Energienotizen aus Bern



Vernehmlassung zur Kernenergieverordnung

(uvek) Der Bundesrat hat das Departement für Umwelt, Verkehr, Energie und Kommunikation (UVEK) ermächtigt, bei den Kantonen, den politischen Parteien und interessierten Organisationen eine Vernehmlassung zum Entwurf der Kernenergieverordnung (KEV) durchzuführen. Die Vernehmlassung dauert bis zum 13. August 2004. Es ist geplant, das neue Kernenergiegesetz (KEG) und die KEV auf den 1. Januar 2005 in Kraft zu setzen. Mit der neuen KEV sollen das KEG umgesetzt und die Anforderungen der Aufsichtsbehörden an Kernanlagen besser verankert werden.

Am 21. März 2003 haben die eidgenössischen Räte das KEG verabschiedet. Die 100-tägige Referendumsfrist ist am 4. September 2003 ungenutzt abgelaufen. Für die Umsetzung des neuen KEG musste weit gehend neues Verordnungsrecht geschaffen werden, da im geltenden Recht sowohl die Anforderungen an die nukleare Sicherheit als auch an die Sicherung (Schutz gegen Sabotage, Entwendung und Weiterverbreitung von Kernwaffen) nur teilweise umschrieben sind. Die Richtlinien der Aufsichtsbehörden, welche die diesbezüglichen Anforderungen bereits heute im Wesentlichen regeln, müssen nun teilweise in Verordnungsrecht überführt werden.

Subkommission für Strommarkt

(d/v) Das Parlament soll nun doch eine eigene Vorlage zur Öffnung des Schweizer Strommarktes ausarbeiten. Das Büro des Nationalrates hat beschlossen, zu diesem Zweck eine Subkommission der nationalrätlichen Energiekommission wieder einzusetzen. Das Büro des Nationalrats hatte zuvor der Kommission untersagt, eine Subkommission mit der Ausarbeitung eines Gesetzes für die Strommarkt-Liberalisierung zu beauftragen. Die hierfür vom Bundesrat eingesetzte Kommission sei ausreichend.

Energieforschung weiter auf Erfolgskurs

Im Rahmen seiner Energieforschungsprogramme hat das Bundesamt für Energie (BFE) im Jahr 2003 rund 330 Forschungs- und Entwicklungsprojekte und mehr als 200 Pilot- und Demonstrationsprojekte unterstützt. Der Jahresbericht Energieforschung 2003 illustriert die breite Forschungskompetenz in der Schweiz und die erzielten Erfolge.